



## **Ausschuss für Gleichstellung und Frauen**

### **3. Sitzung (öffentlich)**

19. Oktober 2017

Düsseldorf – Haus des Landtags

13:30 Uhr bis 14:20 Uhr

Vorsitz: Regina Kopp-Herr (SPD)

Protokoll: Eva-Maria Bartylla

### **Verhandlungspunkte und Ergebnisse:**

<b>Vor Eintritt in die Tagesordnung</b>	<b>3</b>
<b>1 Einführung in die politischen Schwerpunkte der Landesregierung in den Bereichen Gleichstellung und Frauen in der 17. Wahlperiode</b>	<b>4</b>
Bericht der Landesregierung	
Ministerin Ina Scharrenbach (MHKBG) berichtet.	
<b>2 Situation wohnungsloser und von Wohnungslosigkeit bedrohter Frauen in NRW</b>	<b>5</b>
Vorlage 17/199	
<b>3 Endlich raus aus der „Teilzeitfalle“ – Rückkehrrecht von unbefristeter Teilzeit- in Vollzeitbeschäftigung schaffen</b>	<b>7</b>
Antrag	

der Fraktion der SPD  
Drucksache 17/504

Der Ausschuss beschließt, sich an der Anhörung im federführenden Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales am 22. November 2017 um 14 Uhr pflichtig zu beteiligen.

**4 Mit Hebammen und Entbindungspflegern gut versorgt von Anfang an 8**

Antrag  
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
Drucksache 17/535

Der Ausschuss fasst den Beschluss, sich an der Anhörung im federführenden Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales am 6. Dezember 2017 pflichtig zu beteiligen.

**5 Der Integrationsplan für NRW muss fortgeführt werden 9**

Antrag  
der Fraktion der SPD  
Drucksache 17/818

Der Ausschuss beschließt, sich an der Anhörung im federführenden Integrationsausschuss nachrichtlich zu beteiligen.

**6 Verschiedenes 10**

Der Ausschuss beschließt den Terminplan für den Rest des Jahres 2017 und für das Jahr 2018.

Aus Anlass des Internationalen Tages zur Beseitigung von Gewalt gegen Frauen am 25. November plant der Ausschuss, bereits im Anschluss an die Sitzung am 23. November vor dem Landtag die Fahnenaktion durchzuführen, die die vorherige Ausschussvorsitzende ins Leben gerufen hat.

## **Aus der Diskussion**

### **Vor Eintritt in die Tagesordnung**

**Vorsitzende Regina Kopp-Herr** teilt mit, dass die AfD-Fraktion in der Sitzung nicht vertreten sein werde, weil sie eine Klausurtagung durchführe.

**1 Einführung in die politischen Schwerpunkte der Landesregierung in den Bereichen Gleichstellung und Frauen in der 17. Wahlperiode**

Bericht der Landesregierung

Der Einführungsbericht von **Ministerin Ina Scharrenbach (MHKBG)** liegt mit Vorlage 17/257 vor.

**Vorsitzende Regina Kopp-Herr** kündigt an, dass die Diskussion zum Bericht in der nächsten Sitzung stattfinden werde.

## 2 Situation wohnungsloser und von Wohnungslosigkeit bedrohter Frauen in NRW

Vorlage 17/199

**Vorsitzende Regina Kopp-Herr** gibt den Hinweis, dass die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen am 28. September zu diesem Punkt um einen mündlichen Bericht gebeten habe. Zwischenzeitlich liege sogar ein schriftlicher Bericht der Landesregierung vor.

**RB Gabriele Schmidt (MAGS)** fasst einleitend die wesentlichen Aussagen der Vorlage 17/199 noch einmal kurz zusammen.

**Josefine Paul (GRÜNE)** bedankt sich dafür, dass sogar ein schriftlicher Bericht vorliege, der zudem auch sehr informativ sei.

In dem Bericht werde auch ausgeführt, dass nicht alle wohnungslosen Frauen beispielsweise durch eine Suchterkrankung Aufnahme in einem Frauenhaus finden könnten. Daran schließe sich für sie die Frage an, welche Maßnahmen denn gegebenenfalls geplant seien, um auch spezialisierte Unterkünfte für Frauen bereitstellen zu können. Die Notschlafstellen etc. seien ja sehr männerdominiert. Frauenhäuser ersetzen aber keine Notschlafplätze. Sie hätten ja auch eine andere Aufgabe.

Es könnten ja nur diejenigen erfasst werden, die sich auch bei Behörden oder bei freien Trägern meldeten. Sie interessiere, wie hoch die Dunkelziffer vermutet werde.

Das Umsetzungskonzept zur medizinischen Versorgung werde im Bericht angesprochen. Sie habe sich Zahlen von 2012 – die seien also nicht mehr ganz aktuell – angeschaut, und dabei sei ihr aufgefallen, dass der Erreichungsgrad wohnungsloser Menschen in den sechs Kommunen sehr unterschiedlich ausfalle. Vor allem der Grad der erreichten Frauen bzw. Männer sei sehr unterschiedlich. In Dortmund beispielsweise seien es 30,5 % Stand 2012 gewesen, aber nur 9,9 % der Frauen. Dabei sei dieses Projekt durch die mobile und aufsuchende Arbeit ja eigentlich mehr dazu angetan, Frauen auch zu erreichen. Sie habe die Frage, ob es Erkenntnisse darüber gebe, warum das so unterschiedlich gelinge.

Außerdem bitte sie um Auskunft, ob die gynäkologische Versorgung bei diesem Projekt auch in den Blick genommen werde.

Was die spezialisierten Unterkünfte für Frauen angehe, so **RB Gabriele Schmidt (MAGS)**, sei man auf die Bereitschaft von Kommunen oder freien Trägern angewiesen.

Zurzeit betreibe man stärker Wohnraumakquise. Man habe im Rahmen eines Projekts in Leverkusen über private Vermieter 180 Wohnungen für Wohnungslose und von Wohnungslosigkeit Bedrohte zur Verfügung gestellt bekommen.

Nichtsdestotrotz wolle man im Rahmen einer Veranstaltung Kommunen und freie Träger noch einmal animieren, mehr Unterkünfte zur Verfügung zu stellen. Das sei aber

nicht ganz einfach. Man bemühe sich ja schon länger darum. Viele Träger beklagten auch, dass sie keine Räume fänden für eine Beratungsstelle oder eine Notschlafstelle.

Zur Dunkelziffer: Die Präventionsstudie, die man durchgeführt habe, habe auch noch einmal in den Blick genommen, wer von Wohnungslosigkeit vor allem bedroht sei. Dazu gehörten diejenigen, die vielleicht schon eine Klage am Hals hätten oder ihre Energierechnung nicht bezahlen könnten und denen die Kündigung drohe. Dazu habe es Abfragen gegeben, die sie dem Ausschuss auch gerne zur Verfügung stellen könne. Sie wolle ungern etwas Falsches sagen, aber nach ihrer Erinnerung seien das etwa 50.000 gewesen. Dabei rede man nicht über diejenigen, die „unter Brücken schliefen“.

Es gebe zwar Schätzungen der Bundesarbeitsgemeinschaft Wohnungslosenhilfe, aber die seien nicht wirklich belastbar.

Deswegen werde ja auch über eine bundesweite Wohnungslosenstatistik diskutiert, weil man sich von den Ländern, Kommunen und Trägern eher belastbare Daten erhoffe.

Die Fragen zur medizinischen Versorgung werde sie an die Gesundheitsabteilung weitergeben.

Sie könne nur so viel sagen: Der unterschiedliche Erreichungsgrad von Männern und Frauen habe manchmal auch etwas mit dem Transport von Informationen zu tun. Männer seien öfter in den Einrichtungen und bekämen dann manchmal auch andere Informationen mit. Frauen zögerten, zu bestimmten Einrichtungen zu gehen.

**Vorsitzende Regina Kopp-Herr** bittet darum, dass die Beantwortung dieser beiden Fragen dann schriftlich nachgereicht werde. – **RB Gabriele Schmidt (MAGS)** sagt das zu.

**Vorsitzende Regina Kopp-Herr** schließt außerdem die Bitte an, dem Ausschuss mitzuteilen, wo die Präventionsstudie nachlesbar sei.

### **3 Endlich raus aus der „Teilzeitfalle“ – Rückkehrrecht von unbefristeter Teilzeit- in Vollzeitbeschäftigung schaffen**

Antrag  
der Fraktion der SPD  
Drucksache 17/504

**Vorsitzende Regina Kopp-Herr** teilt mit, der Antrag sei vom Plenum am 14. September 2017 federführend an den Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales sowie zur Mitberatung an den Ausschuss für Familie, Kinder und Jugend und an den Ausschuss für Gleichstellung und Frauen überwiesen worden. Die Abstimmung zu diesem Antrag werde im federführenden Ausschuss erfolgen.

Der Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales habe in seiner Sitzung am 4. Oktober beschlossen, eine Anhörung durchzuführen. Diese Anhörung werde am 22. November 2017 um 14 Uhr stattfinden.

Die Obleute hätten sich für eine pflichtige Beteiligung dieses Ausschusses an der Anhörung ausgesprochen.

Der **Ausschuss** beschließt, sich an der Anhörung im federführenden Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales am 22. November 2017 um 14 Uhr pflichtig zu beteiligen.

#### **4 Mit Hebammen und Entbindungspflegern gut versorgt von Anfang an**

Antrag  
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
Drucksache 17/535

**Vorsitzende Regina Kopp-Herr** informiert, der Antrag sei vom Plenum am 14. September 2017 an den Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales federführend und an den Ausschuss für Gleichstellung und Frauen mitberatend überwiesen worden.

Dieser Antrag werde im federführenden Ausschuss zusammen mit dem Entschließungsantrag der Fraktionen von CDU und FDP Drucksache 17/614 beraten.

Die Abstimmung zu diesem Antrag werde im federführenden Ausschuss erfolgen.

Der Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales habe in seiner Sitzung am 4. Oktober eine Anhörung beschlossen. Diese werde am 6. Dezember stattfinden.

Die Obleute hätten sich für eine nachrichtliche Beteiligung dieses Ausschusses an der Anhörung ausgesprochen.

**Susanne Schneider (FDP)** spricht sich dafür aus, an dieser Anhörung pflichtig teilzunehmen. Denn es handele sich um ein sehr wichtiges Thema für Frauen.

**Josefine Paul (GRÜNE)** erklärt, ihre Fraktion werde diesem Wunsch der FDP gerne entsprechen.

Der **Ausschuss** fasst den Beschluss, sich an der Anhörung im federführenden Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales am 6. Dezember 2017 pflichtig zu beteiligen.



## 5 Der Integrationsplan für NRW muss fortgeführt werden

Antrag  
der Fraktion der SPD  
Drucksache 17/818

**Vorsitzende Regina Kopp-Herr** weist darauf hin, dass dieser Antrag vom Plenum am 12. Oktober an den Integrationsausschuss federführend und unter anderem an den Ausschuss für Gleichstellung und Frauen mitberatend überwiesen worden sei.

Die Debatte und Abstimmung zu diesem Antrag werde nach Vorlage der Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses erfolgen.

Der federführende Ausschuss habe in seiner gestrigen Sitzung die Durchführung einer Anhörung beschlossen.

Der **Ausschuss** beschließt, sich an der Anhörung im federführenden Integrationsausschuss nachrichtlich zu beteiligen.

## 6 Verschiedenes

**MR Antje Kuntzsch (MHKBG)** macht darauf aufmerksam, dass das Ministerium anlässlich des Internationalen Frauentages am 13. März 2018 eine Veranstaltung in Düsseldorf ausrichten werde. In Kürze würden auch die Einladungen dazu herausgehen. Das Thema werde das Frauenwahlrecht sein. Eine Historikerin werde einen Vortrag zum Thema halten. Außerdem werde es eine Podiumsdiskussion mit anschließendem Empfang geben.

Der **Ausschuss** beschließt den Terminplan für den Rest des Jahres 2017 und für das Jahr 2018.

Aus Anlass des Internationalen Tages zur Beseitigung von Gewalt gegen Frauen am 25. November plant der **Ausschuss**, bereits im Anschluss an die Sitzung am 23. November vor dem Landtag die Fahnenaktion durchzuführen, die die vorherige Ausschussvorsitzende ins Leben gerufen hat.

gez. Regina Kopp-Herr  
Vorsitzende

08.11.2017/20.11.17  
140